



Häftlingsarbeit in der Rohrmattenflechtereier unter Aufsicht einer Aufseherin Foto: Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück

leisten. Auch „freizügige“, non-konforme Frauen, Kleinkriminelle, Suchtkranke sowie Sinti und Roma fielen darunter. Außerdem Kranke und Bedürftige oder Jugendliche, die in Schwierigkeiten geraten waren.

Der Begriff war nicht eindeutig definiert, er stand stellvertretend für alle Menschen, die der sozialen Norm nicht entsprachen. „Asozial“ wurde zum Stigma, zur willkürlichen Fremdzuschreibung, die jeden treffen konnte. Über Bildungseinrichtungen und Medien infiltrierte die NS-Regierung die Bevölkerung mit Propaganda. Sie stellte „Asoziale“ als Schmarotzer dar, die dem Staat und der „Volksgemeinschaft“ auf der Tasche lägen.

**Im Optimierungswahn**

Die Verfolgung dieser Menschen war außerdem Teil der NS-Rassenideologie. Der rassenhygienischen Logik folgend, musste die Vererbung „minderwertiger“ Eigenschaften zum Wohl der „Volksgemeinschaft“ verhindert werden. In den Arbeitshäusern wurden daher Zwangssterilisationen an den Inhaftierten durchgeführt, die die Verantwortlichen mit faden-scheinigen medizinischen Diagnosen zu begründen versuchten. Ganze „asoziale Familien“ wurden Opfer dieses Optimierungswahns.

Ab 1933 führte die Polizei systematisch „Bettler-Razzien“ durch. Auch die Wohlfahrtsämter bauten ihre Repressionsmaßnahmen aus – dabei folgten sie jedoch keiner zentralen Anweisung, sondern handelten nach eigenem Ermessen. Ab 1937 gab die Reichsführung der Gestapo und Kriminalpolizei Anweisungen zu konzentrierten Aktionen. Eingeführt wurde nun beispielsweise die „Vorbeugungshaft“. Im Juni 1938 fielen zehntausende Männer, darunter viele Erwerbslose oder Kleinkriminelle, der „Aktion Arbeitsscheu Reich“ zum Opfer. Davon betroffen waren aber auch Sinti und Roma sowie Juden. Sie wurden in Konzentrationslager deportiert. Im Konzentrationslager Ravensbrück machten die sogenannten Asozialen vor dem Krieg sogar die größte Häftlingsgruppe aus.

Auch Ilse Heinrich wurde im Sommer 1944 aufgefordert, ihre Sachen zu packen. Kurz schöpfte sie Hoffnung. Doch die anfängliche Freude wich schnell der Erkenntnis: Nicht der elterliche Hof war das Ziel der Reise. Ilse wurde in das Frauen-KZ Ravensbrück deportiert. „Sie schoren uns die Köpfe kahl, dann mussten wir uns nackt ausziehen und wurden in den Desinfektionsraum geführt. Wir haben uns so geschämt“, erzählt sie. Nach der entwürdigenden Prozedur gab man Ilse Heinrich ihre gestreifte Häftlingskleidung. Der schwarze Winkel kennzeichnete sie für alle sichtbar als „Asoziale“. Damit stand sie am untersten Ende der Häftlingshierarchie. In ihrer Baracke lebte sie mit den anderen Häftlingen zusammengepfercht auf engstem Raum. Täglich wurden sie zu Akkordarbeit gezwungen.

Ilse Heinrich berichtet von drakonischen Strafen, unerträglicher Kälte und Hunger. Sie beschreibt das Konzentrationslager als einen Ort des Grauens, der jede menschliche Regung in ihr betäubte: „Ich war irgendwann gar nicht mehr bei Sinnen – ja, völlig benommen. Ich wollte nur noch sterben, endlich erlöst sein“, erzählt sie unter Tränen.

1945, kurz vor der Befreiung durch die Alliierten, erkrankte Ilse Heinrich an Typhus und überlebte nur mit der Hilfe einer couragierten Häftlings-Krankenschwester.

**Sie holt die Tochter zurück**

Doch auch nach ihrer Befreiung ging es mit Entmündigung und Erniedrigung weiter. Soldaten der Roten Armee vergewaltigten die völlig ausgemergelte und entkräftete Ilse. Als sie eine Tochter bekam, entzog ihr das Jugendamt gegen ihren Willen das Sorgerecht. Und ihre eigene Familie weigerte sich, sie wieder aufzunehmen.

Als sie mit Fabrikarbeit genug Geld angespart hatte, holte sich Ilse Heinrich ihre Tochter zurück. Sie hatte nur noch ein Ziel: Westberlin. Schon nach kurzer Zeit lernte sie ihren zukünftigen Mann kennen und gründete eine Familie. Heute erinnert sie sich: „Zum ersten Mal in meinem Leben war ich glücklich und hatte ein Zuhause gefun-

den. Ich bin ein Stehaufmännchen und habe mir alleine geholfen.“ Ihr ganzes Leben lang arbeitete sie hart, niemals beschwerte sie sich. Wer ihr zuhört, bekommt eine leise Ahnung von ihrem außergewöhnlichen Durchhaltevermögen.

**„Wir sind die Letzten“**

Doch nicht jeder schaffte es nach Kriegsende, wieder auf die Beine zu kommen. Viele Opfer und ihre Angehörigen fanden nur schwer Anschluss an die Gesellschaft. Denn obwohl sich in der Bundesrepublik der Nachkriegsjahre – wenn auch spät – eine gesellschaftliche Debatte über die Verbrechen der Nationalsozialisten entwickelte, setzte sich ihre Stigmatisierung fort – auch weil die Verfolgung von „Asozialen“ nicht als etwas spezifisch Nationalsozialistisches gesehen wurde.

Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR wurden

„Bettler“ und „Landstreicher“ weiter inhaftiert, im Westen bis 1969, im Osten sogar bis zur Wiedervereinigung. Und während politisch, rassistisch und religiös Verfolgte Anspruch auf Entschädigung hatten, wurden „Asoziale“ vom § 1 des Bundesentschädigungsgesetzes nicht berücksichtigt. Erst in den achtziger Jahren führten die Länder Härtefonds für die „vergessenen Verfolgten“ ein. Doch eine breite öffentliche Debatte war dem nicht vorausgegangen.

Ilse Heinrich wusste daher nichts von ihrem Recht auf Entschädigung. Niemand hatte sich nach Kriegsende für ihre Geschichte interessiert. Erst in den neunziger Jahren trat die Forscherin Christa Schikorra an sie heran und motivierte sie, Entschädigungen zu fordern. Nur weil ein Dokument belegte, dass sie deportiert worden war, enthielt sie eine Entschädigung und eine monatliche Zusatzrente. Die Forscherin bewegte Ilse Heinrich auch dazu, ihre Geschichte öffentlich zu machen. Regelmäßig hält sie Vorträge. 2009 erhielt sie in Brandenburg das Landesverdienstkreuz, vor zwei Jahren das Bundesverdienstkreuz. „Eine kleine Genugtuung“, freut sie sich, wenn auch eine späte.

Wichtiger sind ihr die regelmäßigen Besuche bei Schulklassen. Sie will junge Menschen darüber aufklären, wohin es führt, wenn Menschen aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. „Wir sind schließlich die Letzten“, gibt sie zu bedenken.

**Stigmatisiert bis heute**

Bis heute gibt es keine zentrale Opfervertretung für die sogenannten Asozialen. Auch das ist ein Grund dafür, dass sie im Erinnerungsdiskurs wenig Beachtung finden. Der Historiker Oliver Gaida sieht Kontinuitäten in der Ausgrenzung von Randgrup-

pen in der Gesellschaft: „Obwohl die Stigmatisierung von Armut im Nationalsozialismus eine nie dagewesene Form erreichte, fing sie weder erst 1933 an noch hörte sie 1945 auf. Sie hält bis heute an.“

Auch die Forschung ist nur rudimentär ausgeprägt. Es gibt kaum Publikationen. Die Lebenswege der Verfolgten müssen vor allem über die Täterinnen und Täter und die Verfolgerakten erschlossen werden. Wieder einmal zeige sich, dass die angeblich muster-gültige Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen ein Mythos sei, meint Gaida. Auf Initiative der Humboldt-Universität wurden im April die vier Stolpersteine auf dem Alexanderplatz verlegt. Oliver Gaida recherchierte die Biografien der Opfer.

Es sind bis jetzt die einzigen Stolpersteine für sogenannte Asoziale in Berlin.

**Orte und Informationen**

- Der Informations- und Gedenkort Rummelsburg widmet sich unter anderem der Geschichte der Verfolgung von „Asozialen“ im Nationalsozialismus. Das ehemalige Arbeitshaus und Gefängnis an der Lichtenberger Hauptstraße 8 in Berlin wird seit der Wiedervereinigung als Gedenkstätte genutzt. Eine Open-Air-Ausstellung mit dazugehöriger App wirft auch einen Blick auf die als „asozial“ verfolgten Opfer.
- Im ehemaligen Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück sowie im ehemaligen KZ Sach-

- senhausen werden Zeitzeugen-videos, Biografien sowie frei zugängliche Archivbestände bereitgestellt.
- Die Stolperstein-Initiative hat Informationen zu Biografien von „Asozialen“ gesammelt.
- In der Bibliothek der Topographie des Terrors finden sich Überblickswerke und wissenschaftliche Bestände.
- Der Berliner Arbeitskreis „Marginalisierte – gestern und heute“ untersucht die historischen Ursachen und Kontinuitäten der Ausgrenzung von „Asozialen“.



Häftlinge bei Arbeiten in den Anlagen der SS-Siedlung und beim Straßenbau Foto: Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück